

## **Agenda 2030 / die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie: Anspruch und Wirklichkeit**

### **- Vorkonferenz Alternatives Weltwasserforum 2018**

Berlin, 7.3.2018 Sebastian Schönauer, *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland - BUND* -

**Das Alternative Weltwasserforum FAMA 2018 (Fórum Alternativo Mundial da Água) versteht sich als eine Gegenbewegung zum Weltwasserforum 2018 des Weltwasserrats, das von internationalen Organisationen, Finanzinstitutionen und Privatwirtschaft gegründet wurde.**

Deutschland hat sich zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) verpflichtet und will sich stark in die internationalen Anstrengungen einbringen. Die Verankerung von **Wasserthemen (SDG 6) in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (NHS)** ist dabei nach unserer Auffassung von grundlegender Bedeutung. Leider finden die Herausforderungen und Problemlagen in Verbindung mit Wasserthemen in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bisher zu wenig Beachtung.

### **Internationale Verantwortung von Deutschland**

Die internationale Dimension von Wasserthemen und die Einflussnahme Deutschlands in der Lösung dieser Herausforderungen muss in den Mittelpunkt unserer nationalen Politik gestellt werden.

- Anders als die ausgelaufenen Millenniumsziele betreffen die SDGs gerade auch die Industrieländer. Die miteinander zusammenhängenden Themenkomplexe wie **Virtuelles Wasser, Wasserraub und ökologischer Fußabdruck** sind wichtig und gehören in die DNS, wenn es um die Verantwortung von Deutschland in der Welt geht, die meist als Erfolg verkauft wurde, ohne allerdings die wirklichen Ziele zu erreichen.
- Auch bei anderen privatwirtschaftlichen Aktivitäten besteht eine Verantwortung Deutschlands, negative externe Effekte zu vermeiden. Dies betrifft beispielsweise die **Kreditvergabepaxis der KfW und DEG**, die unter sozialen und ökologischen Begründungen **hoch umstrittene wasserrelevante Projekte** (Wasserkraft, Staudämme, etc.) **in anderen Ländern fördert**. Hier muss die Bundesregierung die negativen Folgen der eigenen Politik in anderen Ländern berücksichtigen.
- Bei der globalen Problembeschreibung fehlt der Bezug zum Wasserverbrauch in der Landwirtschaft, wobei zwei Drittel der Wasserentnahmen auf die Landwirtschaft zurückgehen.
- Hinsichtlich der wasserrelevanten Indikatoren für die DNS ist die Erarbeitung von Daten über die internationale Wirkung Deutschlands als sehr sinnvoll zu bewerten.

### **Menschenrecht auf Wasser**

Wasser ist seit 2010 ein anerkanntes Menschenrecht. Trotzdem nimmt die Privatisierung von Wasser immer weiter zu – die folgenden Punkte finden in der DNS bisher keine Beachtung.

- Es muss sichergestellt werden, dass sich die Bundesregierung **für die schrittweise Verwirklichung des Rechtes auf Trinkwasser und Sanitärversorgung** einsetzt, indem sie den **Aufbau nationaler Strukturpolitiken, Infrastruktur und Kontrollinstanzen** unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerungsgruppen und der Zivilgesellschaft fördert. Das was wir hier als Essentials, keine Privatisierung, Stopp der Liberalisierung im Wassersektor und was wir unter dem Motto „right2water“ zusammengefasst fordern, muss Grundlage einer Deutschen-Nachhaltigkeits-Strategie werden.

Es muss sichergestellt werden, dass von Seiten Deutschlands **und der EU keine Liberalisierung oder Privatisierung der öffentlichen Wasserwirtschaft in Drittländern direkt oder indirekt** vorangetrieben wird. Die Gefahr besteht, denn auch bei der Umsetzung des Millenniumsziels „Wasser- Menschenrecht“ wurde unter dem Deckmantel von Werbebotschaften wie „Wasser – keine Handelsware“, „Menschenrecht auf Wasser“, „Versorgung der Bevölkerung“, gerade durch die deutsche Regierung die Privatisierung als notwendiges Mittel für eine erfolgreiche Umsetzung des Millenniumsziels propagiert. Die Begründung dafür war „bestechend“ einfach.

- Die „**Wasser – Zugangs – Kosten**“ für die **Wasserversorgung aller Menschen** betragen nach „Berechnungen“ der Weltbank und des BMZ **180 Mrd. US Dollar pauschal jährlich**, könnten aber (leider) von den „zu entwickelnden Staaten“ nicht aufgebracht werden.
- Die **Finanzmittel der öffentlichen Haushalte der Dritte Welt - Staaten** betragen (leider) „nur“ **80 Mrd. US Dollar**.
- Also müsse in der Konsequenz die **Privatwirtschaft** eingebunden werden, um die **Differenz von 100 Mrd. Dollar** auszugleichen.

Im damaligen **"Dialogforum Wasserwirtschaft"** agierte die GTZ unter dem Titel „*Entwicklungspartnerschaften*“ u.a. als "Türöffner" für deutsche Unternehmen in aller Welt, denn statt neutraler „*facilitator / Moderator*“ zu sein, gab es auf Empfehlung der GTZ Entwicklungshilfegelder für die Länder der Dritten Welt meist nur dann, wenn die Konzepte, bzw. Investitionsvorschläge der privaten Wassermultis von den „begünstigten Staaten“ der Dritten Welt angenommen wurden. Diese seien – so die Begründung der GTZ - unverzichtbare Akteure, die allein in der Lage seien, eine ausreichende Wasserversorgung für die „zu entwickelnden“ Staaten in aller Welt sicher zu stellen.

Gerade die deutsche Bundesregierung war dabei bis heute immer wieder die treibende Kraft, die beeinflusst von der Lobby der Wasserkonzerne wie auch der mit diesen agierenden und in die Finanzkrise verwickelten Banken, **die Privatisierung der Wasserversorgung als Grundlage für weitere Finanzhilfen** – wie zum Beispiel in Griechenland – **gefordert hat**. Hier hat der Wolfgang Schäuble als dt. Finanzminister unrühmliche Popularität als „Zuchtmeister“ Europas erlangt. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie müssen nun die Weichen in Richtung Menschenrecht auf Wasser gestellt werden. Dazu bedarf es größerer Anreize, u.a. auch Finanzhilfen der Industrieländer für internationale Kooperationen zwischen öffentlichen Unternehmen aus der Wasserwirtschaft.

## Die Rolle der Landwirtschaft

Die Nitratbelastung der Böden und auch des Grundwassers in Deutschland ist seit langem ein akutes Problem, das erst durch mehrere **Vertragsverletzungsverfahren** durch die EUKOM ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedungen ist. **Die Diskussion um die Intensivtierhaltung, vor allem in der Perversion des sogenannten „Gülle-Tourismus“** (Stichworte: Güllerbomber aus Niederlande; FFG Weser – Einzugsgebiet;) **hat die politische Diskussion beflügelt**. Weitere Hauptursachen sind die jahrzehntelange Überdüngung der Böden in einer industrialisierten und auf Höchsterträge (für den Export) ausgerichteten Produktion, der auch dadurch verstärkte Grünlandumbruch und eine durch die EEG – Subventionen „**angeheizte**“ **Biomasseproduktion** mit steigender Menge an Gärresten aus Biogasanlagen.

- In der DNS muss die Schlüsselrolle der Landwirtschaft bei der **Reduzierung der Phosphateinträge** deutlich hervorgehoben werden. Im Bereich Landwirtschaft besteht ein immenser Handlungsbedarf, um die eigenen Ziele zum Gewässerschutz (Ziele der WRRL: 2015 – Guter Zustand der Gewässer) zu erreichen.
- Die DNS muss um Maßnahmen ergänzt werden, die eine auf den Gewässerschutz gerichtete Umsetzung der Nitratrichtlinie und eine Novellierung des Düngerechts sicherstellen. Hierzu gehören vor allem eine Verschärfung der Vorschriften für das Ausbringen von Düngemitteln, die Hoftor-Bilanz und endlich ein ehrlicher, **umfassender und konsequenter Vollzug** dieser Regelungen.
- In diesem Zusammenhang muss durch die Bundesregierung auch die Regelung von Jauche-, Gülle- und Silagesickersaft- anlagen (JGS-Anlagen) endlich bundeseinheitlich gemacht und verschärft werden. Beide, DÜV wie JGS – Anlagenverordnung werden durch konsequentes Lobbying bisher verhindert. Auch die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der CDU / CSU / SPD – Koalition lassen noch keine Kursänderung bei diesen existentiellen Themen erkennen.

## Umsetzung der 2030 Agenda durch Deutschland

**Die Umsetzung der 2030-Agenda muss dazu beitragen, menschenwürdige Lebensbedingungen für alle Menschen in Deutschland und weltweit zu schaffen.** Das umfasst die (1) Überwindung von Armut und Hunger ebenso wie die (2) Durchsetzung der Menschenrechte, eingeschlossen (3) die Geschlechter-, Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit bis hin zur (4) Stärkung besonders benachteiligter Gruppen und dies alles **unter Wahrung der planetaren Grenzen**. Grundsätzlich müssen alle SDGs in dreierlei Weise konsequent umgesetzt werden: Es geht

- um ihre Wirkungen sowie die politische Weichenstellung in Deutschland,
- um die **Auswirkungen deutscher Politik über nationale Grenzen hinaus** und auf die globalen Gemeinschaftsgüter
- und auch um die Unterstützung anderer Länder bei deren nationaler Umsetzung.

## Allgemeine Kritik an der Nachhaltigkeitsstrategie

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie weist bisher kein sonderlich hohes Ambitionsniveau für die Überwindung der Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten und die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks unserer Gesellschaft auf. Die DNS braucht eine deutliche Zukunftsorientierung, die **stringente Wege zu mehr Nachhaltigkeit** aufführt und **große Baustellen deutlich benennt**. Die DNS ist hiervon noch weit entfernt.

- Vor allem die kritische Auseinandersetzung mit dem **Status Quo** erfolgt selektiv und unvollständig. Zwar wird Deutschland national wie auch international oft als Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit bezeichnet, **tatsächlich ist Deutschland aber weit davon entfernt, Nachhaltigkeit konsequent in allen Politikbereichen verankert zu haben**. Nicht nur, dass Fortschritte in der Nachhaltigkeitspolitik nur zögerlich begangen werden, es gehen auch weite Teile der Politik in die völlig falsche Richtung.
- Ein zentraler Schwachpunkt der DNS liegt darin, dass sie nur **wenig an aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten** anknüpft und Probleme nicht offen benennt. **Es gibt Politikbereiche, die grundlegend auf den Prüfstand gehören**, weil dort nicht etwa der Fortschritt in Richtung Nachhaltigkeit zu langsam wäre, sondern **weil es nach wie vor in die falsche Richtung geht** (z.B. Landwirtschafts-, Verkehrs- oder Handelspolitik). Themen wie die **sozial-ökologische Transformation, soziale Gerechtigkeit** und Lösungen für ein gesellschaftliches Auseinanderdriften in Deutschland und Europa finden keine angemessene Erwähnung.
- Die DNS führt **Maßnahmen an, die nicht als nachhaltig angesehen werden können** und von der Zivilgesellschaft zum Teil explizit abgelehnt werden (z.B. **Bundesverkehrswegeplan**; Ausrichtung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf eine **Verstärkung der Wachstumsdynamik**)
- Hinzukommt, dass einige **Bereiche klare Rückschritte** aufweisen (Streichung des Verlagerungsziels für einen höheren Marktanteil des klimafreundlichen Schienengüterverkehrs; kaum Bezug auf prognostiziertes Wachstum des **Güterverkehrs**; CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrssektors).

**Viele Bereiche, in denen Deutschland nicht nachhaltig ist, werden gar nicht erwähnt. Notwendig ist deshalb eine kritische Auseinandersetzung mit den Auswirkungen deutscher Politik in mehreren Punkten:**

- Auswirkung unseres Lebensstils / Wohlstands und nicht-nachhaltiger Wirtschaftsweisen auf andere Länder;
- Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Güter;
- Waffenexporte in Krisenländer oder an nichtdemokratische Staaten;
- Verletzung von Umwelt- und Sozialstandards durch deutsche Firmen oder deren Zulieferer;
- Stopp der durch Subventionen verursachten Umweltlasten;
- Transparenz und Regulierung der Finanzmärkte;
- Bekämpfung von Korruption in Deutschland.